

Laszlo J. Kiss:

Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa

Aktuelle Analysen, Nr. 32, Akademie für Politik und Zeitgeschichte, Hans-Seidel-Stiftung, München 2004

Laszlo Kiss, Direktor am Teleki Laszlo Institut, Zentrum für Außenpolitische Studien in Budapest, stellt dem konkreten Untersuchungsthema „Interaktion zwischen Außenpolitik und nationaler Identität“, das gerade für den mittel-osteuropäischen Raum von besonderer Bedeutung ist, einen umfangreichen theoretischen Teil voran – und dies aus gutem Grund.

Mit der neorealistischen Theorie, wonach Staaten als „rationale Akteure“ im Sinne einer Interessenmaximierung auftreten und ihr internationales Verhalten danach ausrichten, ist im untersuchten geografischen Raum wenig anzufangen. Mit dem Zerfall des ideologischen Universalismus und der einhergehenden Zunahme nationaler Partikularismen rückt als Alternative zum „rationalen“ Modell das „konstruktivistische“ in den Vordergrund. Letzteres betont die „konstruierende“ und sozialisierende Wirkung der kulturellen Faktoren im umfassenden Sinn, etwa der nationalen Identitäten, Normvorstellungen und Institutionen. Die von Peter J. Katzenstein als „kulturalistisch“ bezeichnete Tendenz zeigt sich vor allem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, wonach auf nationale Sicherheitspolitik nicht mehr ideologische Vorgaben, sondern kulturelle Vorgaben wirken. Nach diesem postpositivistischen approach wird betont, dass die Staaten a priori ihre Interessen nicht kennen, sondern diese durch von Normen geformten Identitäten bestimmt werden, wodurch sich Interessen und Identitäten ständig verändern. Die realistische Schule setzt dagegen die Festigkeit der Interessen von Staaten voraus, Fragen nach Identitäten haben hier keinen Platz. Von der konstruktivistischen Theorie ausgehend schildert der Autor zunächst die drei Phasen der nationalstaatlichen Entwicklung in Europa und stellt zu Recht fest, dass im mittel- und osteuropäischen Raum – anders als in Westeuropa – selten Kongruenz zwischen Staat und Nation bestand und man daher zur Unterscheidung den Begriff der „Kulturnation“ benutzt. Mit

Blick auf Jugoslawien spricht Kiss von „pathologischer Homogenisierung“, die auf die Schaffung von „ausschließlichen Gemeinschaften“ gerichtet sei.

Allgemein sieht der Autor das Verhältnis zwischen Staat und Nation in sämtlichen behandelten Ländern problematisch – in der Besonderheit der Inkongruenz von Staat, Nation und Sprache, von Staatsbürgerschaft und Nationalität beziehungsweise von Ethnizität und Territorium. Aus dieser Inkongruenz entstehe vielfach der „nationalisierende Staat“. In gewisser Weise gehöre auch Ungarn zu dieser Gruppe, wenn man die „dualistische“ Außenpolitik Ungarns betrachtet, die ein Resultat der Nicht-Übereinstimmung von Staat, Nation und Staatsbürgerschaft ist. Nachbarschaftspolitik werde so nachhaltig determiniert, wie die jüngere Geschichte zeige. Nach Veröffentlichung des Artikels von Kiss fand am 4. Dezember die von Ungarn aller politischen Richtungen eher „befürchtete“ Volksabstimmung über die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft auch an nicht in Ungarn lebende, aber der „Nation“ als Kulturgemeinschaft angehörende Personen statt, die allerdings zur Erleichterung aller politischen Lager scheiterte, da ein positives Ergebnis die Außenpolitik Ungarns mehr in Bedrängnis gebracht hätte als die (vorgeschobenen) wirtschaftlichen Aspekte.

Beachtet werden müsse, so Kiss, vor allem auch die „Sozialisierungswirkung“, die vom Beitritt mittel-osteuropäischer Staaten zu NATO und EU ausgehe. Insbesondere die Unionsmitgliedschaft erhöhe die diesbezügliche Problemlösungskapazität der einzelnen Länder, und mit einer „Gemeinschaft der Minderheiten“ (Prodi) beziehungsweise „Gemeinschaft der Gemeinschaften“ werde auch das historisch geprägte Problem der Nicht-Übereinstimmung von Staat und Nation entschärft und bewältigt.

Rudolf Logothetti